Erste Morgen-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro GmbH.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg.	Berlin,	Nr.
1936	Montag, 21. Dezember	1700

Ehrung einer Hundertjährigen.

Berlin, 20. Dezember. Der Führer und Reichskanzler hat Frau Wilhelmine Hemp in Lömmersdorf, Kr. Arnswalde, aus Anlaß ihres Geburtstages ihres 100. Lebensjahres ein Glückwunschschreiben zugehen lassen.

Dr. Frick über die neuen Realsteuergesetze.

Berlin, 20. Dezember. Reichsinnenminister **Dr. Frick** beantwortete einem Vertreter des „Völkischen Beobachters" Fragen über die neuen Realsteuergesetze und das Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt. Zu den Auswirkungen der Realsteuerreform auf die Gemeindefinanzen erklärte Reichsminister Dr. Frick, das wesentlichste Zeichen dieser Reform liege darin, daß sie das gesamte Steuersystem klarer und übersichtlicher gliedere. Für die Gemeinden selbst werden durch die Reform eine Reihe wichtiger Gesichtspunkte verwirklicht. So kommt beispielsweise in der Ueberlassung der Gewerbesteuer die enge Verbundenheit der Gemeinden mit der örtlichen Wirtschaft zum Ausdruck. Das Interesse, das die Gemeinden an der Erhaltung dieser Wirtschaft haben müssen, soll sie zu einer sparsamen und gesunden Ausgabenpolitik veranlassen. Die Reformgesetzgebung wird zwangsläufig zu einer Neugestaltung der Lasten- und Aufgabenverteilung in den einzelnen Ländern führen. Dabei wird es das Ziel sein, den Aufgabenkreis der Gemeinden, der in den einzelnen Ländern noch sehr verschiedenartig abgegrenzt ist, für das Reich einheitlich zu regeln.

Reichsminister Dr. Frick stellte dann fest, daß die Lage der Gemeinden auch im Haushaltsjahr tatsächliche Fortschritte gemacht habe. Teilweise seien sogar alte Schulden getilgt worden können. Dazu habe ein wesentlichen Teil die Neuverschuldung beigetragen, die sie nicht habe. Ein Reihe [illegible] rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im Hamburger [illegible] bei denen die wirtschaftliche [illegible] anderen Teilen des [illegible] besondere zentrale [illegible] Gesundung zugeführt [illegible]

Die [illegible] monale Aufbauwerk des Führers [illegible] Arbeit auf alle Gebiete der Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Alle Ausgaben, deren Leistung sich nicht als wirklich lebensnotwendig für das deutsche Volk erweist, müssen verschwinden. Mittel [illegible] Die neuen Steuermaßnahmen verfolgen [illegible] eine zur Aufstellung der Abschlagszahlungen zur Tilgung der Schuldentilgung zu verwenden. Außerordentliche Ausgaben müssen, soweit sie nicht überhaupt zurückgestellt werden können, grundsätzlich aus eigenen Mitteln der Gemeinde bestritten werden.

Auf den Hinweis, daß die Besserung der Finanzlage der Gemeinden noch nicht genügend auch damit zusammenhänge, daß die Wohlfahrtslasten mehr und mehr gesunken seien, stellte Reichsminister Dr. Frick fest, daß seit der Machtübernahme von den Gemeinden auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge mehr als rund 1½ Milliarden eingespart worden seien. Der Minister stellte hierbei die nationalsozialistische öffentliche Fürsorge der der Systemzeit gegenüber. Die nationalsozialistische öffentliche Fürsorge habe sich insbesondere bestimmt weit schärfer als früher gegenüber arbeitsscheuen und gemeinschaftsschädlichen Elementen verhalten. In diesem Sinne wird wohl in absehbarer Zeit ein Reichswanderergesetz ergehen, durch das eine gründliche Säuberung der Landstraßen von Landstreichern erreicht wird.

Dann äußerte sich Reichsminister Dr. Frick zu dem neuen Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt. Die grundsätzlichen Gesichtspunkte dieses neuen Gesetzes liegen darin, daß einmal unnötige Reibereien vermieden werden sollen, die sich infolge der Sonderstellung der Reichshauptstadt zwischen der Verwaltung der Stadt und der Verwaltung der bisherigen staatlichen Aufsichtsbehörde hätten ergeben können. Beide wurden daher in der Spitze zu einheitlicher Leitung in einer Hand zusammengefaßt. Zum andern machte die Größe der Reichshauptstadt eine Dezentralisation erforderlich, und schließlich soll weitergehend als in den anderen Gemeinden der Gauleiter des Gaues Berlin an den Geschäften der Gemeindeverwaltung teilnehmen.

Abschließend gab Reichsminister Dr. Frick noch einige Erklärungen über die weitere Durchführung der kommunalen Gesetzgebung. Er stellte dazu fest, daß die organische Fortentwicklung der Gemeindeordnung zunächst das Zweckverbandsgesetz werde folgen müssen, das den Zusammenschluß der Gemeinden zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben regele. Dieses Gesetz sei bereits weitgehend vorbereitet und dürfte in absehbarer Zeit erlassen werden können. Ihm müsse dann als weiterer Baustein die Deutsche Kreisordnung folgen, für die gleichfalls schon vorbereitende Arbeiten eingeleitet seien. Nebenher gingen die Durchführungsverordnungen zur Deutschen Gemeindeordnung, die z. T. noch ausständen. Nach der Rücklagenverordnung solle das Haushalts-, Kassen- und Rechnungsrecht und später das Prüfungswesen näher geordnet werden. Damit würden die wesentlichen Durchführungsverordnungen zur Deutschen Gemeindeordnung erledigt sein.

Neuer Vizepräsident des Roten Kreuzes.

Berlin, 19. Dezember. Der Stellvertretende Präsident des Deutschen Roten Kreuzes und Erste Stellvertreter des Kommissars der Freiwilligen Krankenpflege, SA.-Obergruppenführer Generaloberstabsarzt a. D. Dr. Hocheisen, hat den für das Rote Kreuz [illegible] Innern aus gesundheitlichen [illegible] diesen Aemtern gebeten. Reichs[illegible] Wünsche entsprochen und gleich[illegible] die sich Pg. Dr. Hocheisen um [illegible] Roten Kreuzes im Sinne der [illegible] ätistischen Staates erworben h[illegible] schreiben ausführlich gewürdigt.

Der Führer und Reichskanzler hat aus diesem Anlaß den SA.-Obergruppenführer, Generaloberstabsarzt Dr. Hocheisen auf Vorschlag des Reichsministers des Innern Dr. Frick zum Ehrenpräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes ernannt.

Auf Vorschlag des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Herzog Carl Eduard von Coburg, hat Reichsminister Dr. Frick den SS.-Obergruppenführer **Dr. Grawitz**, Reichsarzt der SS., zum Stellvertretenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes und Ersten Stellvertreter des Kommissars der Freiwilligen Krankenpflege ernannt.

Geheimrat Theodor Wiegand gestorben.

Berlin, 20. Dezember. Am Sonnabend nachmittag verschied in Dahlem Geheimer Regierungsrat Dr. Theodor Wiegand, Preußischer Staatsrat, Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften und Präsident des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches, im 72. Lebensjahr.

Arbeitstagung in der Reichsstelle für Raumordnung.

Berlin, 19. Dezember. Am Donnerstag und Freitag fanden sich in den Räumen des Preußenhauses in Berlin sämtliche Landes- und Bezirksplaner in der Reichsstelle für Raumordnung zu einer gemeinsamen Arbeitstagung zusammen.

Die Tagung befaßte sich eingehend mit den Aufgaben, die der Raumordnung bei der Durchführung des Vierjahresplanes gestellt sind, der eine Neuordnung des ganzen deutschen Lebens- und Volksraums mit sich bringen wird.

Namens des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung, Reichsministers Kerrl, eröffnete sein Stellvertreter, Regierungspräsident **Dr. Muhs**, die Tagung und wies darauf hin, daß die Mitarbeit an der Sofortaufgabe des Vierjahresplanes aus dem umfassenderen Ziele der planvollen Neugestaltung des deutschen Lebensraums folge, die nur durch den Einsatz besser, fester [illegible] Fachkräfte und durch deren einheitliche Ausrichtung möglich sei. Aufgabe der Landes- und Bezirksplaner sei engste Zusammenarbeit mit allen einschlägigen Stellen der Landesverwaltung. Die Planungsarbeiten seien die Berater der öffentlichen Verwaltung. Reichsminister Kerrl messe dieser im Sinne der Reichsstelle für Raumordnung durchgeführten Arbeit in den deutschen Landschaften allergrößte Bedeutung bei und wünsche gerade für die Mitarbeit an den Aufgaben des Vierjahresplanes energischen Einsatz und der Tagung vollen Erfolg.

Nachdem die Tagung unter der Verhandlungsleitung des Abteilungsleiters der [illegible] **Dr. Jarmer**, sich eingehend den Fragen der Organisation der inneren Angelegenheiten der Landesplanungsgemeinschaften und dem Aufbau der Arbeit zugewandt hatte und verschiedene Landesplaner Einblick in ihre landwirtschaftliche [illegible] Planungsarbeit gegeben hatten, referierte [illegible] **Dr. Teubert** (MdR) das Problem einer Generalverkehrsplanung, bei dessen Lösung die Landesplanung wichtigsten Anteil hat.

Neben weiteren Sonderbesprechungen zwischen den Planern und den Referenten der Hfst fanden ausführliche, aufschlußreiche Vorträge des Leiters der Wehrwirtschaftsabteilung im Reichskriegsministerium, Oberst **Thomas**, des Leiters des Roh- und Werkstoffamts des Ministerpräsidenten Göring, Oberst **Loeb**, sowie der leitenden Männer der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz des Ministerpräsidenten Göring, Präsident **Dr. Syrup** und Ministerialdirektor **Dr. Mansfeld**, statt. Diese Vorträge brachten die enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den für die Durchführung des Vierjahresplans verantwortlichen Stellen und der Reichsstelle für Raumordnung von der Spitze und von unten her eindeutig ins Bewußtsein. Die zusammengefaßte Forschungsarbeit der Wissenschaft im deutschen Raum behandelte der Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Prof. Dr. Konrad **Meyer**.

Abteilungsleiter **Dr. Jarmer** schloß die erfolgreich verlaufene Arbeitstagung mit einem Rückblick auf die Arbeit des abgelaufenen Jahres und auf den Sinn und den Wert der nationalsozialistischen Reichs- und Landesplanung im Wege der Gemeinschaftsarbeit werde weiter vorangetrieben werden müssen.

Dänische Verkehrskommission in Deutschland.

Berlin, 19. Dezember. In den letztvergangenen Tagen weilte eine dänische Verkehrskommission zu einem Studienbesuch in Deutschland, nachdem sie Holland, Belgien und Frankreich im Kraftwagen bereist hat. Nach einem Aufenthalt in München nahm die Kommission auf der Weiterfahrt nach Berlin Gelegenheit, die Ausgestaltung des deutschen Fernverkehrsstraßennetzes kennen zu lernen. In Berlin wurden die dänischen Gäste im Auftrage von Korpsführer **Hühnlein** durch die Leitung der nationale Sportbehörde für die Kraftfahrt und die Amtsleiters der Korpsführung NSKK während ihres Aufenthaltes betreut. Bei eingehenden örtlichen Besichtigungen von Straßenkreuzungen, Kreisverkehr usw. innerhalb der Reichshauptstadt und einer Fahrt auf der Hundertmeter-Chaussee hatten die Vertreter der dänischen Verkehrsbehörde Gelegenheit, das besonderes interessierende Gebiet der Verkehrsregelung und der Straßenbeschilderung eingehend kennen zu lernen. Die Besichtigungen auf der Straße wurden durch theoretische Unterweisungen und Vorträge am Verkehrstisch in der Reichs-Motorsportschule des NSKK Oberbarnim ergänzt.

Olympia-Ehrenzeichen an ungarische Persönlichkeiten.

Budapest, 19. Dezember. Der deutsche Gesandte von Mackensen überreichte in diesen Tagen dem Innenminister von Kozma, dem Finanzminister Kabinni und dem früheren Oberkommandierenden der Honved, General Shvoy, das ihnen vom Führer und Reichskanzler verliehene deutsche Olympia-Ehrenzeichen.

Gleichzeitig erhielten mehrere führende Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichen Lebens, die sich ebenfalls um die Beteiligung Ungarns an den Olympischen Spielen 1936 in Berlin besondere Verdienste erworben hatten, das Ehrenzeichen.

Beck beantwortet Fragen zur polnischen Außenpolitik.

Warschau, 19. Dezember. Im Auswärtigen Ausschuß des Senats fand am Sonnabend eine Aussprache über die Rede des Außenministers Beck statt. Auf die von einzelnen Senatoren gemachten Ausführungen und die von ihnen gestellten Fragen antwortete Außenminister **Beck** abschließend in einer kurzen Aussprache. Er ging zunächst auf die in seiner Erklärung am Freitag nicht berührte Frage der Beziehungen zu Litauen ein und unterzog die Politik der litauischen Regierung einer scharfen Kritik.

Auf eine Frage, die die Frankfurter Rede des Reichsministers Dr. Schacht betraf, sagte Minister Beck: „Ich möchte hier erklären, daß wir vor einigen Tagen aus dem eigenen Munde des Ministers Dr. Schacht die kategorische Feststellung erhalten haben, daß eine Interpretation, als ob seine Rede gegen berechtigte Interessen des polnischen Staates gerichtet gewesen sei und als nicht übereinstimmend mit dem zwischen Polen und Deutschland hergestellten Zustande der guten Nachbarschaft und des Nichtangriffs angesehen werden könnte, nicht im geringsten seinen Absichten entspreche. Ich nehme an, daß diese einfache Erklärung eine genügende Antwort auf die Frage ist."

Im weiteren berührte Minister Beck in seinen Ausführungen die polnischen See- und Kolonialfragen. Er habe es für notwendig gehalten, dies Problem auf internationalem Boden darzulegen, nicht, um äußeres Prestige oder irgendwelchen äußeren Ehrgeiz betriedigen oder zur Störungen hervorrufen wolle. Da aber einmal ein internationaler Meinungsaustausch und der Versuch einer internationalen Verständigung zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen werde, solle dann die polnische Stimme nicht fehlen. Sie weiter sich die Welt auf ihrem jetzigen negativen Wege fortbewege, umso breiter werde voraussichtlich die Plattform sein, von der aus man Ausswege aus der jetzigen Lage suchen müsse. Daher habe er es nicht für übertrieben gehalten, auf die beiden wichtigen Probleme, nämlich das der Ueberbevölkerung und das des Rohstoffbezuges gegen Devisen hinzuweisen.

Hinsichtlich seines Londoner Besuches erklärte Minister Beck, die damalige gemeinsame Verlautbarung habe so genaue Formulierungen enthalten, wie es beim gegenwärtigen Stande der Verhandlungen über einen endgültigen Weltpakt möglich gewesen sei. [illegible] in den letzten Tagen stellten einen wichtigen Schritt dar, der sich nach seiner Auffassung wohl [illegible] polnischerseits über die Annäherung [illegible] und der britischen Regierung gesagt [illegible]

Im Schlußteil seiner Rede [illegible] die polnischen Konsulate sich mit größter Gewissenhaftigkeit der polnischen Emigranten und der polnischen Staatsbürger im Auslande annähmen. Weiter betonte er, daß das Diplomatische Korps Polens, das nicht selten zahlreich sei, sich durch die Kenntnis der Sprache des Landes, in dem es arbeite, auszeichne. Dadurch werde ein enger Kontakt mit dem Auslande hergestellt nicht nur auf bürokratischem Wege, sondern auf allen Gebieten des staatlichen Lebens.

De la Rocque fordert Annäherung Paris—Berlin.

Paris, 20. Dezember. Auf der Schlußsitzung des großen Kongresses der Französischen Sozialpartei, des Gründer der Partei, Oberst **de la Rocque**, eine [illegible] Rede. Nachdem er unterstrichen hatte, daß die Sozialpartei nunmehr die Zahl von zwei Millionen Mitgliedern überschritten habe, wandte er sich der äußeren, besonders [illegible] über ganz Frankreich verbreitete Partei gewordenen wandte er sich vor allem gegen Sowjetrußland, dessen barisches System er an den Pranger stellte, und die Abschaffung des französischen Russlandbündnisses.

Dann wandte er sich gegen die [illegible] politischen Gewohnheiten", gegen die [illegible] politiker und Parlamentarier. In diesem [illegible] derte er, daß der Bestand und die [illegible] Bolschewisten rief [illegible] ermöglicht hätten. Unter Beifall in Frankreich [illegible] nicht durchkommen!" Der anderen Seite sagte er: „Wenn ihr nicht Euren Eigennutz zurückstellt, wenn Ihr Euch nicht der brüderlichen Zusammenarbeit mit allen [illegible] fassen wollen wollt, werden wir Euch [illegible] gegenüber."

Gegenüber den Völkern, die auf den [illegible] Schrecken des Hasses und der asiatischen Sklaverei [illegible] wollten, müsse Frankreich wieder eine Macht [illegible] Ordnung und des Beispiels werden, um seinen [illegible] wiederzufinden.

In einer Entschließung wurde [illegible] der Partei einstimmig Vertrauen, Treue und [illegible] gesprochen.

In dem vor seiner großen Schlußrede [illegible] gebrachten Vertrauensruf de la Rocques [illegible] falls der unerbittliche Kampf gegen zwei [illegible] Frankreich bedrohten, der Kampf [illegible] gegen die blutige Revolution und zum [illegible] Rückfall in das asiatische Barbarentum. Die [illegible] Sozialpartei fordert eine Staatsreform [illegible] genden Richtung: Dem Präsidenten der Republik [illegible] gewisse Machtbefugnisse eingeräumt, die Verbindungsmittel des Staates werden bis zur größten Vervollkommnung ausgebaut, die Wirtschaft des französischen Mutterlandes und seiner Kolonien wird vervollkommnet. Vor allem aber müsse die französische Diplomatie umgestaltet werden auf eine realistische Linie, die freigemacht sei von allen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, die auf militärischem Gebiet außerhalb ihrer Grenzen ebenso unfähig sei, wie gefährlich für den Frieden der Völker wegen ihrer Revolutionspropaganda im Innneren der anderen Länder.

Die französische Sozialpartei fordert weiter den Ausbau eines festen Bündnisnetzes, besonders mit England, Italien, Polen und den Staaten der Kleinen Entente, um dann freimütig zur Gründung eines dauernden europäischen Friedens durch eine ernsthafte Annäherung zwischen Paris und Berlin gelangen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.